

Monopolisierung der Kritik durch die extreme Linke – ein Nachspiel

Stellungnahme des Hrsg. zur Schmähkritik der Webseite der „Gruppe Kritische Psychotherapie Köln/Bonn“ am Band „Kritische Psychotherapie“ zur Vorlage beim Landgericht Freiburg

Nach einigen –bisher ausschließlich positiven- Rezensionen 2021-2022 erschienen zeitgleich auf einer Webseite und auf Amazon „Analysen“ des Bandes als Erwiderung auf eine positive Rezension des BVVP, die nach §185-187 StGB die Kriterien einer Schmähkritik erfüllen. Die vier von der Gruppe vorgetragenen Behauptungen werden im Folgenden behandelt und kommentiert mit den Mitteln, die größtenteils bereits im Band enthalten sind.

1. Die Bezeichnungen „**linksextrem**“ oder „**rechtsextrem**“ stehen für die Abschaffung entweder einer kapitalistischen oder einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und sind insofern auch **synonym** mit den Begriffen „**linksradikal**“ oder „**rechtsradikal**“ und mit antiliberalen Vorstellungen einer wahlweise sozialistischen/antikapitalistischen oder faschistischen Staatsordnung verbunden. Der AG warnt sogar die potentiellen Leser explizit mit der Bezeichnung „**Vorsicht: rechtsextrem**“ vor einer "Vereinnahmung der Kritik von rechts“. Tatsächlich werden jedoch unter Rückgriff auf eine Analyse Professor Stegemanns ausführlich im Band Kap. 1.5 sowohl der Linkspopulismus, der Rechtspopulismus als auch ein Liberalpopulismus kritisiert, insofern sie zu suggestiven Vereinfachungen neigen.

Zitat S.93 zum Rechtspopulismus: „Dieser zeichnet sich durch eine ablehnende Haltung zur Moderne aus... Es werden Sündenböcke benannt in Verbindung mit Fremdenfeindlichkeit. Es dominiert Empörung ohne Analyse der ökonomischen Ursachen. ... Es geht nicht um die Aufhebung von Widersprüchen des Liberalismus sondern um seine Zerstörung.“ Zitat S.94 zum Liberalpopulismus: „Kritik (an der Abschaffung sozialer Sicherungen, Begrenzungen und Regulierungen) wird als rückwärtsgewandt und faschistisch bewertet. (...) Jede Kritik wird als rechts diffamiert.“ Zitat S.95 zum Linkspopulismus: „Der linke Populismus besteht darin, dass Begriffe wie Volk, Familie, Staat in Unkenntnis der Geschichte als faschistische Begriffe dekonstruiert werden. (...) Wenn die Linken diese Risse und Widersprüche in der Fassade des Neoliberalismus (...) nur den rechten Populisten überlassen, dann ist ihnen nicht zu helfen.“ und in der Auswertung S.96 : „die Analyse von Stegemann überzeugt, weil sie kritisch in alle Richtungen ist. (...) „der linke, grüne und liberale Populismus hat die neoliberale Politik befördert statt korrigiert- und auch einen reaktionär-rassistischen Rechtspopulismus erst hervorgebracht.“

Die Populismusanalyse knüpft auch an ein Urteil des Verfassungsrichters Böckenförde 1996 an; dort heißt es (*Zitat S.80*), dass sich „bei potenziert (!) Ungleichheit die freiheitliche Rechtsordnung selbst aufhebt“. In diesem Zusammenhang lässt sich auch die Äußerung Hans-Werner Sinns verstehen, dass auch die Liberalen nicht über jeden Zweifel erhaben sind. Der Band ist somit an der angelsächsischen Gerechtigkeitstheorie („checks and balances“) konkurrierender Freiheiten orientiert (S.26) und versteht sich als liberaler Integrationsansatz.

S.98: „Solidarität, Freiheit und Verantwortung als linke, liberale und konservative Grundwerte müssen wieder in eine wechselseitige Korrektur eintreten und in eine subsidiär-solidarische Globalisierung integriert werden“.

Gewaltenteilung, Föderalismus, basisdemokratische Mitbestimmung auf Bundesebene, nationale Souveränität, freie Wissenschaft und (antimonopolistische) Marktwirtschaft (Kap. 5.4.) sind damit verbundene subsidiäre Elemente echter Liberalität und damit das Gegenteil extremer Überzeugungen. Der Band steht damit in der Tradition sowohl früherer Gesellschaftskritik durch den Psychiater/Philosoph Karl Jaspers (Wohin treibt die BRD?, 1966), oder Carl Friedrich von Weizsäcker (Der bedrohte Friede, 1945-1981). Er ist auch in der Tradition Freuds und der kritischen Theorie/Psychoanalyse dem Thema des allgegenwärtigen Machtmissbrauchs und der Verführbarkeit durch Geld, Prestige und Macht als Teil der *conditio humana* verpflichtet. Gesellschaftskritik versteht sich in dieser Linie als Aufklärung, als reflexive Distanz von den Gewissheiten des jeweiligen Zeitgeistes ohne selbst in ideologische Stereotypen zu verfallen. Daher wird im Ausblick (S.450) formuliert:

"Zur humanen Realität gehört auch die Macht als Widerpart der Resonanz. Wir müssen Macht begrenzen, aber sollten Sie nicht verteufeln (...) Das Resonanzprinzip bejaht Macht, Kapitalismus, Demokratie, Aufklärung, Technik, Familie und Religion als auszubalancierende sich korrigierende Kräfte in Freiheit und Verantwortung. Insofern ist das Resonanzprinzip eng mit dem Konzept der Liberalität verbunden." und auf S. 451: „Dies bedeutet von infantilen Idealisierungen, Selbstgefälligkeit oder der Diffamierung kritischen Bewusstseins Abstand zu nehmen und für gesunde Entwicklungen hinzustehen."

Der ideologische Hintergrund des Antragsgegners als Hauptverantwortlichem der Webseite (AG) lässt sich jedoch als linksextrem einordnen: (aus dem Schriftsatz der Kanzlei Flügler/Wieser)

>Bei dem AG handelt es sich um einen Absolventen der Werkstoffwissenschaften und Informatik, der sich als linksextremer politischer Aktivist hervorzutun versucht. So ist er etwa Co-Autor eines Buches mit dem kaum missverständlichen Titel „Kapitalismus abschaffen!“ und auf der Webseite www.streifzuege.org, die sich der radikalen Kapitalismuskritik verschrieben hat, ist er als Redakteur bzw. Kolumnist aufgeführt.

Auf der Unterseite „Über uns“ ist die Programmatik wie folgt zusammengefasst:

"Beim Wert und allen seinen Metamorphosen wie Markt, Tausch, Geld, Ware, Konkurrenz, Arbeit, Recht und Politik – da sind wir nicht nur skeptisch, wir wollen das weg machen und weg haben. Die Entwertung der Werte bedeutet nicht nur die Abschaffung des ökonomischen Werts, sondern stellt alle bürgerlichen Wertvorstellungen zur Transposition. So vertreten wir auch nicht irgendeine Realpolitik, die aufgrund ihrer falsch verstandenen Konstruktivität stets reparieren möchte, was kaputt macht.

Der Kapitalismus ist am Ende. Außer Krieg und Terror, sozialer Entsicherung und ökologischen Katastrophen hat er wenig zu bieten. Aber auch wenn er friedlich funktionierte und prosperierte: Wir sagen einfach und konsequent Nein und keinesfalls Ja, aber... Wir wollen gar nicht arbeiten und kaufen, konkurrieren und uns verwerten. Das gute Leben ist jenseits davon. Nicht über unsere Verhältnisse haben wir gelebt, sondern unter unseren Möglichkeiten leben wir."

Mit den Werten des Grundgesetzes dürfte sich eine solche Haltung - Macht, Tausch, Geld, Ware, Konkurrenz, Arbeit, Recht und Politik „wegmachen“ zu wollen - schwerlich in Einklang bringen lassen.<

Hier wird in der Sache deutlich, dass Kapitalismus (nach Marx) als apriori ausbeuterisch und bürgerlich gesehen wird, der abgeschafft werden sollte. Daraus ergibt sich das Feindbild eines rechten bürgerlichen Faschismus anstatt eine liberal-soziale Marktwirtschaft zu fordern. Die Verwendung weiterer Beispiele von Autoren oder Stiftungen, die ähnlich herabwürdigend urteilen, kann keine Rechtfertigung für die Verwendung abwertender Begriffe sein. Dies zeugt eher von einer linkspopulistischen Subkultur, die sich wechselseitig in ihren verzerrten Zuschreibungen unterstützt. Dazu gehört auch die vom Antragsgegner zitierte –durch die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesprogramm „Demokratie leben“ mit Steuermitteln geförderte (!)- Amadeu Antonio Stiftung (AAS). Diese hat seit dem Gesetz zur Bestrafung von „hate speech“ die Entlarvung primär rechter Gesinnung zum Geschäftsmodell gemacht: Es gab einen Zuwachs der AAS-Anzeigen um 353% (2015-2016), die zu 87,5% ohne juristische Relevanz von der Staatsanwalt abgelehnt wurden. – Der inquisitorische Eifer gilt auch für die Bezeichnung „rechtsoffen“, mit der sich die linke Bewegung derzeit selbst spaltet in einen machtkritischen und machtgläubigen Anteil.

Daher heißt es auch im Band Krit.Psych. S. 96: *„Das Scheitern der Linken am Neoliberalismus wird überspielt durch moralische Überheblichkeit gegenüber dem bürgerlichen Protest, der gemeinsam mit dem Rechtspopulismus als rechts bezeichnet wird“*. Nicht zuletzt werden vom AG als „Belege“ umstrittene Autoren aus der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zitiert, deren sog. „Mitte-Studien“ ebenfalls auf die Entlarvung eines bürgerlichen Faschismus aus der Mitte der Gesellschaft abzielen, und die genau deshalb von Soziologen und von Sigmar Gabriel als „verantwortungslos“ eingestuft wurden (S. 295). Auch Wikipedia ist im Hinblick auf einen Mangel an neutraler politischer Ausrichtung als Spiegelbild des Zeitgeistes kritisiert worden und als Quelle –erst recht für Gesellschaftskritik- nicht uneingeschränkt geeignet. Wissenschaftlern wird daher empfohlen Wikipedia nicht als Quelle zu verwenden.

Fazit: Der Band KP ist in alle Richtungen bzgl. populistischer Einseitigkeiten kritisch. Die Bezeichnung als rechtsextrem ist daher irreführend und herabwürdigend und suggeriert im

Kontext eine rechtsradikal-faschistische und antidemokratische Grundhaltung. Damit ist auch die Argumentation obsolet, dass diese Begriffe inhaltlich nicht klar definiert seien und daher ihre Verwendung legitim sei.

2. Als weitere „Belege“ für eine rechtsextreme Ideologie werden die Verwendung der Begriffe „**gesund**“ und „**krank**“ als **"Psychologisierung, Medizinalisierung und Therapeutisierung"** der gesellschaftlichen Probleme genannt in Verbindung mit **"einfachen Schuldfiguren"**, dem **„Geldsystem“**, der Beschreibung einer **"noch nie in der Menschheitsgeschichte dagewesenen Machtfülle"**, der Verwendung des **"rechtsextremen Codes der NWO"**, des Ausbaus einer **„Machtagenda“** privater Institutionen in Verbindung mit dem Konzept des **„deep state“** angeführt, die nach der Bundeszentrale für politische Bildung als **"Schlagworte für Verschwörungstheorien"** angeführt werden ebenso wie die Begriffe „Täuschung“, „Eliten“, die auch von dem im Band zitierten Journalisten und als Verschwörungstheoretiker titulierten Udo Ulfkotte verwendet würden.

Dazu ist anzumerken:

In Kapitel 1.1 wird der Liberalismus als basales philosophisches und ökonomisches Konzept eingeführt, in Kapitel 1.2 wird die empirische Forschung zu historisch gewachsenen Marktzyklen vorgestellt, und in den Kapiteln 1.4 und 1.5 auf dem Hintergrund des aktuellen Geldsystems ein sich seit etwa 120 Jahren zunehmend vom Markt abkoppelndes Geldsystem mit zunehmender Dominanz des Finanzsektors über die güterbezogene Realwirtschaft (finanzialisierter Kapitalismus) und zunehmender Abhängigkeit der Staaten vom Finanzsystem differenziert beschrieben unter Bezugnahme auf unterschiedlichste (!) Autoren. Dieses neoliberale Geld- und Finanzsystem wird als Marktpathologie vom ursprünglichen klassischen Liberalismus abgegrenzt. Diese aufwändige Analyse dient auch der Erklärung des soziologischen Steigerungszwanges in Kapitel 1.3, der von Soziologen als krankmachend bzw. resonanzfeindlich herausgearbeitet wurde mit den Folgen der Demokratiekrise, Ökokrise und kollektiven Burnoutkrise. Die Integration der neokritischen Soziologie und einer klassisch liberalen Ökonomie in Abgrenzung zur neoliberalen Ökonomie ist neben den wissenschaftstheoretischen Analysen ein wesentlicher analytischer Aspekt des Bandes. Die zunehmende Abhängigkeit zwischen Staat und Wirtschaft (deep state) in einem staatlichen Geldsystem und die Monopolisierung der Wirtschaft wird von unterschiedlichsten Autorengruppen dabei -analog zu Bockenförde- als Problem für die Freiheit und die Demokratie beschrieben und kann damit nicht als rechtsextremer Code bezeichnet werden; sie ist eine Realität, die auch differenziert am Beispiel der Bertelsmann-Stiftung (Kap.1.5) beschrieben wird, und die maßgeblichen Einfluss hatte bei der Ökonomisierung von öffentlicher Verwaltung, Hochschulen, Schulen und Gesundheitswesen. Der Neoliberalismus kennzeichnet sich durch zunehmende ökonomische und transnationale Monopolbildung und wird in Abgrenzung zur nicht-monopolisierten primär mittelständischen Marktwirtschaft herausgearbeitet und gegeneinander abgegrenzt. Die grundsätzliche Rolle der Zentralbanken hierbei - sowohl im Hinblick auf die Staatsfinanzierung als auch im Hinblick auf die Manipulation von Währungen- ist hinreichend belegt. Der ehemalige Bundesbankchef Axel Weber formuliert 2012: „Zentralbanken wurden eingeführt, um die Kriegsfinanzierung zu sichern.“ Damit verweist er auf die FED-Gründung 1913, die in den Anfängen 1910 unter geheim gehaltenen Bedingungen im Banken- und Staatsbereich stattfand, und die ihrerseits lange als Verschwörungstheorie bezeichnet wurde. – Auf S.78 wird aktuell FED-Mitglied Kaplan zitiert: *„Zentralbanken sind Brandstifter und Feuerwehr zugleich.“* Es werden daher alternative Geldschöpfungsmodelle ohne Staatsbeteiligung angedeutet, aber an keiner Stelle das Gegenteil einer antiliberalen NS-Staatwirtschaft empfohlen. Dagegen sehen Antikapitalisten den wachsenden Staat und die wachsende Verstaatlichung und Lenkung als wichtigstes Mittel an, um das Feindbild des Kapitalismus zu zähmen und zu bekämpfen.

Auch an der WHO ist z.B. durch die People Health Movement 2012 (Kap 2.2) ein erheblicher interessensgebundener Einfluss privater Stiftungen (Gates Foundation) auf die Politik kritisiert worden. Durch die neoliberale Hochschulreform wurde Wissenschaft immer mehr in die Abhängigkeit von Geldgebern getrieben mit dem Ergebnis eines hohen Einflusses privater Interessen auf die Ergebnisse. Dies ist ein Grund dafür, dass für Pharmaforschung wesentlich mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden als für Psychotherapieforschung mit direktem Einfluss auf die Kliniken, die sich an diesen „evidenzbasierten Standards“ orientieren sollen; Forscher aus Australien bestätigen 2022 unsere Analysen (Kap. 1.7, Kap.1.8., Kap.2.1, Kap.2.3, Kap.2.8): „die akademische Welt wird korrumpiert“ (<https://www.bmj.com/content/376/bmj.o702>). Die WHO wird trotz ihrer Abhängigkeit vom Pharmasektor, ihrer schon lange vor Corona umstrittenen Impfpolitik und ihrer totalitären Risiken, die durch die Coronakrise noch deutlich gewachsen sind, trotzdem nicht nur kritisiert sondern auch in ihren Verdiensten dargestellt (S.198):

„Man kann also sowohl im Kampf gegen die Armut reich werden als auch im Kampf gegen die Krankheit. Andererseits gibt es auch positives Bemühen (5 Verdienste werden aufgezählt). Aber mit welchen Zielen? Wir stehen vor der Aufgabe die dunkle und die helle Seite dieser Einflüsse klar zu unterscheiden und die WHO/UN nicht zu idealisieren.“

Würde man der Logik folgen, dass eine Aussage zum erheblichen Einfluss z.B. der Pharmalobby auf die Politik ein verschwörungstheoretischer Code rechtsradikaler Demokratiefeinde ist, müsste man auch den ehem. Gesundheits- und Innenminister Seehofer so bezeichnen dürfen, der seit 50 Jahren die Dominanz der Pharmalobby bezeugt (2008: <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=DCy1D1HGeeA&feature=youtu.be>) und der 2010 ebenfalls im TV äußerte: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ Allerdings wird durch solche Aussagen auch der aktive staatliche Beitrag verschleiert, was wir in unserem Band nicht tun: daher auch die Neoliberalismus-Analyse als „doppelte Markt- und Staatspathologie“ (S.25).

In der Psychotherapieforschung wird seit langem ein zu hoher Einfluss des pharmakologischen Denkens beklagt, der in mehreren Kapiteln behandelt wird. Durch die Kombination der verschiedenen Beiträge unterschiedlichster Autoren wird eine Komplexität an Erkenntnis und Zusammenhängen mit zahlreichen Belegen möglich, die weit entfernt ist von Verschwörungsideen. Alles ist mit konkreten Belegen unterfüttert wie zum Beispiel auch der hohe Einfluss transatlantischer Vernetzungen und des geostrategischen Konzeptes (Brzezinski, Friedman) auf den Journalismus, der durch die Swiss Propaganda Research (S.87) nachgewiesen wurde, bereits in deutschen TV-Sendungen Thema war, und damit nicht nur aus der Feder und den Erfahrungen eines einzelnen Journalisten stammt. Die offensiv-repressive Meinungsführung ist auch unter dem Begriff New Public Management (NPM) expliziter Bestandteil des Bertelsmann-Konzeptes einer "Modernisierung des Staates" (Kap. 1.5). Die NWO als westlich geprägte monopolare Weltordnung unter Führung der USA ist das offizielle Gegenkonzept zu einer multipolaren Weltordnung in der Akzeptanz weltweit unterschiedlicher Machtzentren ohne US-Dominanz. Insofern stehen wir ganz klar in einer Phase des Übergangs und des Ringens zwischen beiden Ordnungen, die durch die zitierten Beiträge von Politikern belegbar ist, was vormals längere Zeit als Verschwörungstheorie galt. Das geopolitische Konzept der –seit dem Zusammenbruch des Sozialismus so bezeichneten- Neuen Weltordnung wird sowohl von Politikern als auch von Ökonomen verwendet und kann daher nicht als primär rechtsextrem bezeichnet werden. Die zentrale und belegbare Rolle der USA, des CFR und des CIA für NATO, WEF, ZB-System, UN, WHO etc. zu ignorieren wäre als Realitätsverweigerung zu betrachten; trotzdem darf es hier nicht nur eine Meinung geben und schon gar keine Verschwörungstheorien.

Die Verwendung der Begriffe „krank“ oder „gesund“ sind Teil der berufsständischen Terminologie in Medizin und Psychotherapie, die auch in anderen -auch nachweislich in

ökonomischen, soziologischen oder biologischen Fachpublikationen auch im Sinne von krankmachend verwendet wird. Im Vordergrund stehen jedoch die Analysen und in der Konsequenz die Diagnose von Fehlentwicklungen auf der Basis einer insgesamt gesunden aber leidenden und auch zunehmend kranken Gesellschaft. Ich wurde daher 2019 auch vom Verlag aufgefordert die Beziehung der Analysen zum berufsständischen Basisthema Gesundheit-Krankheit möglichst explizit und verständlich zu machen. Diese auf den Grundlagen der Analysen skizzierte positive gesunde Perspektive wird als von unten kommend, von den Interessen der Bürger getragen, sich in der Freiheit ihrer Entscheidungen weiter entwickelnd, und im Kern einer gesunden Gesellschaft wurzelnd -mit an der Gesundheit von Kindern orientierten Familien und in persönlich vermittelter Bildung- beschrieben (Kap. 5.4). Die Analysen werden um die zentralen Stichworte „Resonanz“ und „Liberalität“ herum konzentriert, bevor Perspektiven aufgezeigt werden im Sinne von gesund = liberal + resonant + integrierend. Der analytische Rahmen des Bandes ist außerordentlich anspruchsvoll, am wissenschaftlichen Buchmarkt auch im Hinblick auf die Reflektion von Wissenschaft eine Ausnahmeerscheinung, und grenzt in der Tat liberale (subsidiäre, freie) von neoliberalen (autoritären, vereinheitlichenden) Entwicklungen ab. Das Konzept des "autoritären Neoliberalismus" stammt von Brie & Cadeias (2011; Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, S.91), und passt ins Bild der referierten Globalisierungsanalyse aus St. Gallen (Kap 1.1.15), zu „Rechtskultur und Globalisierung“ (Kap. 1.1.4) und zur Analyse des „Politischen Neoliberalismus“ als Gegenpart zum klassischen Liberalismus (Kap. 1.1.11).

Tatsächlich werden einige dieser Begriffe auch in rechtsextremen oder linksextremen Kontexten instrumentalisiert zur Bestätigung einer weitgehend nicht belegbaren Weltsicht der Beherrschung der Politik durch dunkle Mächte (Freimaurer, Satanisten, Der Kapitalismus, Rothschilddynastie, Jüdisches Großkapital, Der faschistische Bürger etc.). Real geht es aber um die konkrete belegbare Verflechtung von Einfluss und Interessen in unterschiedlichen Sphären ökonomischer und politischer Macht, deren Analyse sowohl in der Machtstrukturforschung als auch in Theorien des politischen Realismus eingefordert wird. In anderen Buchpublikationen wird von politischen und ökonomischen Experten von „Währungskriegen“ gesprochen (James Rickards 2015) oder von den Risiken einer totalitären Ordnung (Ulrich Mies Hg. „Schöne neue Welt 2030“). Am Ende unseres Bandes wird der Rechtsprofessor und UN-Sonderbeauftragte Nils Melzer zitiert mit der Aussage, das "an der Wurzel korruptiver Entwicklungen immer Strukturen mangelnder Transparenz und unkontrollierter politischer oder wirtschaftlicher Macht stehen“ (S.447). Im Band wird explizit von der Notwendigkeit dieser Kontrolle in Verbindung mit einer „Redemokratisierung“ unter Einfluss des Deutschen Richterbundes gesprochen (S.453) auch als Konsequenz kritischer Kommentare ehemaliger Verfassungsrichter (S.18ff). Ein kritischer Geist ist somit nicht rechts und schon gar nicht rechtsradikal sondern zivilgesellschaftliche Bürgerpflicht.

Fazit: Eine Bewertung unseres Bandes als (in Teilen) übereinstimmend mit den historischen Vorläufern des Nationalsozialismus ist irreführend und herabwürdigend und konterkariert die tatsächlichen Analysen im Band.

3. Zum **Antisemitismus**-Vorwurf:

Als wesentliche wissenschaftliche Grundlagen in den Recherchen zu diesem Band haben sich die Analysen des Schweizer Ökonomen Hans-Christoph Binswanger (2006, Die Wachstumsspirale) und vor allem die Analyse des Geldsystems als Basis des Finanzsystems von Ludwig von Mises erwiesen (sog. „Österreichische Schule“), dem sich auch der Co-Autor Professor Polleit verbunden fühlt. Im Band heißt es:

S.19 *„Ludwig von Mises erkannte bereits damals (nach der Wirtschaftskrise der 1920er-Jahre) das politisch manipulierte Geld als Kernproblem und die Tatsache, dass staatliche Interessen an unlimitierter Finanzierung der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Krise waren und somit der klassische Liberalismus nicht konsequent umgesetzt wurde.“*

S.81: „Systempolitologen äußern in Unkenntnis der unbestechlichen Arbeit des jüdischen Ökonomen Ludwig von Mises die scheinheilige Besorgnis, man wolle sich (mit einer Geldsystemkritik) nicht dem Vorwurf des strukturellen Antisemitismus aussetzen, da Kritik am Geldsystem historisch auch mit Judenhass gekoppelt war. (...) Ludwig von Mises war jedoch selbst massiven Anfeindungen von Sozialisten, Nationalsozialisten und korruptiven Angeboten von Banken ausgesetzt. (...) Sowohl der Respekt vor seiner unbeugsamen wissenschaftlichen Haltung als auch die Verantwortung für unsere jüdisch-christlichen Wurzeln sind hier zugleich Ehre und Verpflichtung. Die Vorwürfe des Antisemitismus, Antiamerikanismus, Populismus oder der Demokratiefeindlichkeit werden (von Antikapitalisten) aus niedrigen Beweggründen der Kritikabwehr auch als Waffe gegen Aufklärung eingesetzt.“

Die Wertschätzung nicht nur von Mises' Arbeit wird also an vielen Stellen im Band bis hinein in die Wissenschaftstheorie (Kap. 2.8) zur Begründung einer wissenschaftlichen Ökonomie deutlich; sondern ebenso die Absurdität, dass man ein monopolistisches Geldsystem nicht kritisieren darf ohne selbst als Antisemit bezeichnet zu werden. Unter einem „natürlichen“ Geldsystem wird daher unter Ökonomen ein sich von selbst in zahlreichen Zivilisationen über einen langen Zeitraum entwickeltes Geldsystem verstanden, das historisch mit der Verwendung von Edelmetallen -und der späteren Anbindung von Währungen an einen Mindestanteil des Besitzes von Edelmetallen- verbunden war. Die Auflösung dieser Koppelung im Dienste politischer Zielsetzungen (z.B. Kriegs-/Staatsfinanzierung, Konjunkturbelebung) ist mit erheblichen inflationären Risiken behaftet und bewirkt eine Entwertung, die wiederum permanente Kostenexplosionen und weitere Manipulationen zur Folge haben (sog. Neoliberale Reformen), was als Interventionismus bezeichnet wird und in die inflationäre Wachstumsspirale führt. An keiner Stelle in dem Band wird eine Beziehung dieser Analysen zum jüdischen Glauben hergestellt wie dies im Nationalsozialismus in Reaktion auf die damalige Weltwirtschaftskrise durchaus der Fall war und zu katastrophalen Schlüssen geführt hat.

Positive Bezüge zu unseren jüdischen Wurzeln werden auch in der Bezugnahme auf das Althebräische deutlich in der Bedeutung des Schöpfungsmythos als Erkenntnismodus der Verbundenheit (S.36) , in der Begründung der göttlichen Würde des Menschen (S.304), und auch im Rekurs auf die Forschung von Haim Omer in einem Kibbuz (Kap 3.4) und in der Übernahme seines Konzept der Autorität durch Zuwendung, Teilhabe und Aufmerksamkeit anstatt durch Macht und Kontrolle.

In diesem Zusammenhang distanzieren mich ausdrücklich von den antisemitischen Äußerungen zur jüdischen Weltverschwörung z.B. eines Xavier Naidoo. Ich weise als Abonnent der „Jüdischen Rundschau“ auch auf die in dieser Zeitung oft kritisierte Doppelzüngigkeit der deutschen Politik hin im Hinblick auf einen zunehmenden auch linken, grünen und islamisch-politischen Antisemitismus.

Fazit: Auch die Unterstellung eines Antisemitismus –das Wort ‚strukturell‘ macht es nicht besser- muss als irreführend und herabwürdigend bezeichnet werden.

4. Die Autoren wurden im Unklaren gelassen:

Im kommentierten Inhaltsverzeichnis 2018 sowohl in der Kurzfassung auf zwei Seiten als auch in der Langfassung auf sechs Seiten sind selbstverständlich einige Bezüge zu den später erstellten Analysen noch nicht vorhanden. Die Besetzung mit einer heterogenen Autorenschaft, die sicher nicht alle einer Meinung sind, gehört zum Teil des liberalen Gesamtkonzeptes. Ebenso war die Besetzung mit einigen Autoren 2018 noch unklar, sodass die Beiträge zur Philosophie (1.1), Politik (1.5.) und Sexualwissenschaft (3.3.) trotz einiger Anfragen von Hamburg bis Wien im Wissen um die ideologische Bedeutung dieser Wissenschaftsbereiche aus Angst vor Schmähkritik nicht besetzt werden konnten und schlussendlich vom Herausgeber –auch aus Gründen seiner Unabhängigkeit als Freiberufler- behandelt wurden. Es gab also kein intrinsisches Interesse an vielen Hrsg-Beiträgen, sondern es galt anzuerkennen, dass die in einen institutionellen Rahmen eingebetteten Autoren ihrerseits Repressionen befürchteten, die sich auch auf ihr Arbeitsverhältnis

auswirken könnten. Im Schlusskapitel 5.2 wird klar von einem "geisteswissenschaftlichen Experiment" gesprochen, das nicht nur die "Formulierung von etwas bereits vorher Feststehendem" ist, sondern die „Offenheit für neue Erkenntnisse“ beinhaltet (S.440). Insofern haben zahlreiche Recherchen 2018-2020 stattgefunden. Die meisten Kapitel wurden von mitwirkenden Autoren gegengelesen (Danksagung S.10) und auch nach Abschluss nochmals sowohl eingehend vom Lektorat als auch vom wissenschaftlichen Beirat des wissenschaftlich renommierten Hogrefe Verlages geprüft und vom Beirat als innovativer interdisziplinärer Beitrag bezeichnet. Dies wurde auch in Rezensionen bestätigt, bevor dies dann im März 2022 durch den Antragsgegner herabwürdigend konterkariert wurde.

Abschließende Einordnung:

Selbst Klimastudien werden aus Angst vor Repressionen teilweise anonym veröffentlicht. So schreibt unter einem Pseudonym der Klimaforscher Aulus Agerius im Nachwort (kritische Analyse zur globalen Klimatheorie 2019), dass „in einer politisch aufgeheizten Klimadebatte Klimaleugner und Holocaustleugner gleichgesetzt“ würden, und er „(s)ich und (s)eine Familie durch die anonyme Publikation vor solchen Anfeindungen schützen möchte (ebd. S. 83). Er fordert: „Wir brauchen eine vorurteilsfreie wissenschaftliche Diskussion, Fakten und belastbare Studien. Es muss in der Demokratie, in der Wissenschaft, wie vor Gericht der Grundsatz gelten: Audiatur et altera pars. Gilt dies nicht mehr, ist nicht nur die Wissenschaft in Gefahr, sondern auch unsere Demokratie.“

Irreführende und herabwürdigende Etikettierungen verletzen insofern das grundsätzliche Recht zur freien Meinungsäußerung und die Grundlagen von Wissenschaftlichkeit und liberaler Staatlichkeit. Diese Diffamierungsagenda wurde schon 2005 von US-Professoren als moderne Variante der „Hexenjagd“ und als „Wiederholung der totalitären McCarthy-Ära“ bezeichnet (S.306).

Für die Wissenschaftlichkeit ist die ernsthafte inhaltliche und methodische Auseinandersetzung mit Befunden unabhängig von bisher gepflegten Hypothesen oder auch ideologischer Voreingenommenheit erforderlich. Hier gilt das Prinzip der schlüssigen Argumentation und Rationalität. Das Ringen um die Interpretation gesellschaftlicher Entwicklungen sollte wieder zum Normalfall in gegenseitigem Respekt werden. Insofern gehe ich auch nicht von endgültigen Einschätzungen aus, sondern diese werden mit jeder Diskussion und jeder Lektüre weiterentwickelt.

In den vorliegenden Stellungnahmen werden jedoch in einer Art Gesinnungs-TÜV Begriffe und Befunde als rechtsextrem, nationalsozialistisch oder antisemitisch **markiert** („Codes“) ohne sich ernsthaft mit den referierten Befunden oder dem liberalen Rahmen der Interpretationen auseinanderzusetzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung würde im Nachweis bestehen, dass z.B. die enge und vielfache Kooperation zwischen Ministerien und der Bertelsmann-Stiftung, der WHO oder auch der Einfluss der Politik auf das Rechtswesen oder den Journalismus nicht zu vermehrten Interessenkonflikten im Kontext gegenseitiger Vorteilsnahme führt; oder auch den Nachweis zu erbringen, dass das Geldsystem (z.B. die EZB-Geldpolitik) oder die Deregulation des Finanzsektors oder die mangelnde Besteuerung globaler Konzerne nicht staatlichen Interessen dient, und daher die Unabhängigkeit beider Sektoren gewährleistet ist. Einen solchen Nachweis zu erbringen ist aufwendiger als die Diskreditierung derjenigen, die den gegenteiligen Nachweis der zu engen Verflechtung erbringen. Solche Erfahrungen machen leider viele Wissenschaftler, so auch Professor Hans-Werner Sinn (Der Schwarze Juni 2016, Die wundersame Geldvermehrung 2021) oder unsere Co-Autoren Professor Polleit im Wirtschaftsbereich (Der Antikapitalist 2020), Professor Kutschera als Evolutionsbiologe (Strafsache Sexualbiologie 2021), oder Professor Manfred Pohlen und Herr Professor Bruder als Psychoanalytiker (Macht 2021), wenn sie politischen oder pseudowissenschaftlichen Ideologien widersprechen. Unterschiedliche Meinungen muss man aushalten können, aber keine Schmähschriften, Demagogie oder Herabwürdigungen.

Freie Wissenschaft und Meinungsäußerung wird durch Angst vor Herabwürdigung / Stigmatisierung -also der ‚falschen‘ Meinung oder den „nicht erwünschten“ wissenschaftlichen Befunden- faktisch eingeschränkt. Die Angst in die falsche Ecke gestellt zu werden führt zu einer Einengung des öffentlichen Meinungsspektrums und der dadurch möglichen Debatten. So fällt auch die Analyse unseres Co-Autoren Professor Mausfeld aus (Warum schweigen die Lämmer 2018, Angst und Herrschaft, 2019).

Fazit: Rassismus ist keine Meinung und auch die Bezeichnung als rechtsextrem/-radikal, antisemitisch, Leugner, Antifeminist, verschwörungstheoretisch, hasserfüllt etc. ist keine Meinung, weil sie mit Unterstellungen arbeitet und pauschal **Positionen als nationalsozialistischen Rückfall brandmarkt und maximal stigmatisiert**. Daher ist auch das gesamtstaatliche Interesse und der Liberalitätsgrundsatz durch diese Art der Äußerungen verletzt, da eine freie Meinungsbildung, größtmögliche Gewaltenteilung und auch eine unabhängige Wissenschaft erforderlich sind, um einem Übermaß an Ideologie - gleich welcher Provenienz- professionell und korrektiv entgegenzutreten zu können. **Hierzu sind die Rechte des Verlages, Hrsrg. und Autoren zu schützen.**